WIRTSCHAFT UND ÖKOLOGIE 06.10.2017 | Jason Hickel

Windrädert doch wie ihr wollt

Erneuerbare Energien werden die Klimakatastrophe nicht verhindern. Wir brauchen eine Wirtschaftswende.

Man spürt es fast, wie der Planet sich aufbäumt. Dieser Sommer ging mit einigen der gewaltigsten und verheerendsten Stürme seit Beginn der Wetteraufzeichnungen einher: Harvey hinterließ riesige Schneisen der Verwüstung in Texas, Irma machte Barbuda praktisch unbewohnbar; Maria zerstörte Dominica und tauchte Puerto Rico in Dunkelheit. Die Bilder in den Medien sind beinahe zu brutal, um sie richtig begreifen zu können. Und das sind die Stürme, von denen überhaupt berichtet wurde; von vielen anderen hörte man so gut wie gar nichts. In Indien, Bangladesch und Nepal kam es durch Monsune zu Überschwemmungen, bei denen 1 200 Menschen getötet und Millionen obdachlos wurden. Aber die westlichen Medien schenkten dem kaum Aufmerksamkeit: Zu viel Leid auf einmal ist nicht zu verkraften.

Was aber bei dieser Aufzählung von Schrecken am meisten beunruhigt, ist die Tatsache, dass es nur noch schlimmer werden wird. Den Schätzungen eines kürzlich in der Zeitschrift *Nature* erschienenen Artikels zufolge sind unsere Chancen, die Erderwärmung unter der Gefahrenschwelle von zwei Grad zu halten, nur noch verschwindend gering: Sie liegen bei fünf Prozent. Wahrscheinlicher ist, dass wir auf eine Erderwärmung zusteuern, die bei etwa 3,2 Grad liegen, möglicherweise aber sogar bis zu 4,9 Grad betragen wird. Die Wissenschaftler lassen keinen Zweifel daran, dass ein derartiger Klimawandel absolut katastrophale Folgen hätte. Sehr wahrscheinlich wären bei einer solchen Erderwärmung keine großräumigen Zivilisationen mehr möglich.

Warum sind unsere Aussichten so düster? Den Autoren des Artikels zufolge liegt das daran, dass die Reduzierung der Treibhausgase durch das Wirtschaftswachstum mehr als zunichtegemacht wird. In den kommenden Jahrzehnten könnten wir die Kohlenstoffintensität (CO_2 pro Einheit des BIP) der Weltwirtschaft um etwa 1,9 Prozent jährlich reduzieren, wenn wir im großen Stil in saubere Energie und effiziente Technologie investieren würden. Das ist eine Menge. Aber solange die Wirtschaft um mehr als 1,9 Prozent wächst, werden die Emissionen weiter zunehmen. Derzeit schrauben wir das globale BIP jedes Jahr um

drei Prozent nach oben. Bei dieser Wachstumsrate geht die Rechnung für uns nicht auf; ganz im Gegenteil: Sie ist ein heftiger Schlag ins Kontor.

Wir alle halten ein BIP-Wachstum nur deshalb für so erstrebenswert, weil uns weisgemacht wurde, dies sei die einzige Möglichkeit, die Lebenssituation einfacher Menschen zu verbessern.

Laut neuen, im letzten Jahr veröffentlichten Modellen ist es bei einem 3-prozentigem BIP-Wachstum selbst unter günstigsten Bedingungen nicht möglich, überhaupt eine Emissionsminderung zu erreichen. Eine Studie nach der anderen kommt zum selben Ergebnis: Die Erderwärmung unter zwei Grad zu halten ist schlicht und ergreifend nicht vereinbar mit einem weiteren Wirtschaftswachstum.

Das scheint eine bittere Pille. Denn schließlich ist das BIP-Wachstum das oberste politische Ziel praktisch jeder Regierung auf dieser Erde. Im Silicon Valley hoffen Technikoptimisten immer noch, dass ein Wunder an künstlicher Intelligenz es ermöglichen wird, die Wirtschaft jährlich um mindestens drei Prozent zu dekarbonisieren, damit wir weiterhin nach mehr BIP-Wachstum streben und gleichzeitig die Emissionen reduzieren können. Das klingt wundervoll. Es sei aber daran erinnert, dass das Ziel nicht nur lautet, die Kohlenstoffemissionen zu reduzieren, sondern sie drastischund schnell zu reduzieren. Wie schnell genau? Die Klimaforscher Kevin Anderson und Alice Bows rechneten aus, dass die reichen Nationen die Emissionen um acht bis zehn Prozent pro Jahr mindern müssten, und zwar schon seit 2015, damit wir auch nur eine 50 prozentige Chance haben, unter zwei Grad zu bleiben. Seit 2015 sind aber schon zwei Jahre ins Land gezogen, in denen die Emissionen überhaupt nicht reduziert wurden.

Und hier kommt die schlechte Nachricht: Allein mit einer Dekarbonisierung der Wirtschaft ist es schlichtweg unmöglich, Emissionsminderungen von acht bis zehn Prozent zu erreichen. Die Wissenschaft ist sich weitgehend einig, dass Emissionsreduzierungen in dieser Größenordnung nur machbar sind, wenn wir mit unserem wahnsinnigen Streben nach Wirtschaftswachstum aufhören und etwas noch nie Dagewesenes tun: nämlich anfangen, unsere Jahresproduktion herunterzufahren und unseren Konsum einzugrenzen. Ökologen nennen das „geplante Wirtschaftswende“.

Das klingt zunächst schrecklich – nach Sparsamkeit oder freiwilliger Armut. Denn schließlich wurde uns seit Jahrzehnten gepredigt, dass BIP-Wachstum gut und für den Fortschritt unabdingbar sei und dass wir zur Beseitigung der Armut mehr Wirtschaftswachstum in aller Welt bräuchten. Aber wir alle halten ein BIP-Wachstum nur deshalb für so erstrebenswert, weil uns weisgemacht wurde, dass dies die einzige

Möglichkeit sei, die Einkommens- und Lebenssituation der einfachen Menschen zu verbessern. Dem ist aber nicht so.

Wenn Wachstum ein Ersatz für Gerechtigkeit ist, dann kann Gerechtigkeit auch ein Ersatz für Wachstum sein.

Politiker und Ökonomen legen sich so ins Zeug für BIP-Wachstum, weil sie das einer Umverteilung vorziehen. Sie würden den Kuchen lieber immer größer werden lassen, statt die schwierige Aufgabe anzugehen, das, was wir schon haben, gerechter zu verteilen, denn Letzteres würde die Reichen verärgern. Der ehemalige US-Zentralbanker Henry Wallich brachte dies in seinem Ausspruch „Wachstum ist ein Ersatz für Gerechtigkeit" klar zum Ausdruck. Wallichs raffgierige Bemerkung lässt sich aber auch ins Gegenteil verkehren: Wenn Wachstum ein Ersatz für Gerechtigkeit ist, dann kann Gerechtigkeit auch ein Ersatz für Wachstum sein. Eine gerechtere Umverteilung dessen, was wir schon haben, macht ein zusätzliches Wirtschaftswachstum unnötig.

In diesem Sinne hat eine Wirtschaftswende überhaupt nichts mit Sparsamkeit zu tun. Sie würde genau das Gegenteil bewirken. Austerität geht mit einer Kürzung von Sozialausgaben und Steuersenkungen für die Reichen einher, um – angeblich – das Wirtschaftswachstum weiter anzukurbeln. Das hat vernichtende Auswirkungen auf das Leben der einfachen Menschen. Eine Wirtschaftswende verlangt dagegen Einschnitte bei den Überschüssen der Reichen, während gleichzeitig die vorhandenen Ressourcen umverteilt und in soziale Güter investiert werden können – etwa in eine Gesundheitsversorgung für alle, in Bildung, in bezahlbaren Wohnraum. Der springende Punkt dabei ist, das Wohlergehen der Menschen aufrechterhalten und sogar verbessern zu können, ohne auf eine ewige Expansion der Wirtschaft angewiesen zu sein. Die Wirtschaftswende ist eine Philosophie, die darauf pocht, dass unsere Wirtschaft schon mehr als genug für uns alle bietet – wenn wir nur lernen, den Reichtum zu teilen.

Ein einfacher Weg, dies zu erreichen, wäre die Einführung eines Grundeinkommens für alle, das durch eine neue progressive Besteuerung finanziert würde – Abgaben auf den Verbrauch von Kohlenstoff, die Nutzung von Boden und Ressourcen, auf Finanztransaktionen und so weiter. Das ist der vernünftigste und eleganteste Weg, unseren Überfluss zu teilen und bringt einen weiteren Vorteil mit sich: Wenn das Grundeinkommen hoch genug ist, sind die Menschen nicht mehr auf unnötige Arbeitsplätze angewiesen, die überflüssiges Zeug produzieren.

Das wäre gleichzeitig eine Entlastung für unseren Planeten.

Entscheidend ist, dass eine Wirtschaftswende keine Abstriche an dem Bestand der Dinge erfordert, die wir als Nation schon haben: Häuser, Möbel, Schuhe, Museen, Schienenwege oder was auch immer. In der Tat bedeutet es noch nicht einmal, dass wir komplett aufhören müssen, neueSachen zu produzieren und zu verbrauchen. Es bedeutet nur, dass wir die Menge neuer Sachen mindern müssen, die wir pro Jahr erzeugen und konsumieren. So gesehen ist es wirklich nicht so bedrohlich. Wenn wir unsere Wirtschaft jährlich um fünf Prozent schrumpfen wollen (das ist das von Wissenschaftlern für erforderlich gehaltene Maß), heißt das, dass wir unseren Verbrauch neuer Dinge um fünf Prozent mindern müssen. Das lässt sich leicht dadurch auffangen, dass wir alte Sachen reparieren und weiternutzen. Und wir können diese kreativere Herangehensweise an Sachen fördern, indem wir die Werbung einschränken, wie es São Paulo, Chennai und andere Städte bereits tun.

Natürlich sind da auch tiefergreifende, strukturellere Dimensionen unserer Wirtschaft, die verändert werden müssen. Einer der Gründe, weshalb Wachstum gebraucht wird, ist die Abzahlung all der Schulden, die unsere Volkswirtschaften aufgehäuft haben. Im Grunde beruht unser gesamtes Geldsystem auf Schulden: Mehr als 90 Prozent des in unserer Wirtschaft im Umlauf befindlichen Geldes sind Kredite, die von Geschäftsbanken aus dem Nichts geschaffen werden. Das Problem mit Schulden ist, dass Zinsen für sie gezahlt werden müssen. Und um Zinsen und Zinseszinsen zu tilgen, müssen wir jedes Jahr mehr arbeiten, verdienen und verkaufen. In diesem Sinne trägt jeder neu geschaffene Dollar zur Erwärmung des Planeten bei. Aber nach einem Schuldenerlass und der Hinkehr zu einer schuldenfreien Währung müssen wir plötzlich nicht mehr unter diesem unablässigen Druck schuften. Es liegen schon jede Menge Ideen vor, wie das umzusetzen ist.

Und dennoch müssen wir uns gegenüber ehrlich sein: Eine Wirtschaftswende ist nicht vereinbar mit dem Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Andererseits ist das aber auch der katastrophale Klimawandel nicht: Der Stern-Report schätzt, dass das weltweite BIP aufgrund des Klimawandels sehr wahrscheinlich jährlich um fünf bis 20 Prozent zurückgehen wird, was unsere Wirtschaft auf brutale Weise bis zur Unkenntlichkeit verändern und im Zuge dessen unvorstellbares menschliches Leid verursachen würde. Die Stürme, die dieses Jahr über den Atlantik fegten, sind nur ein kleiner Vorgeschmack darauf, was auf uns zukommt. Wir stehen vor der Wahl: Entweder wir schaffen uns eine Zukunft jenseits des Kapitalismus oder wir haben überhaupt keine Zukunft.



Jason Hickel

London/Swasiland

Dr. Jason Hickel lebt in London und Swasiland. Er ist Anthropologe an der London School of Economics and Political Science. Er ist spezialisiert auf Globalisierung und forscht in den Feldern Finanzen, Demokratie, Gewalt und Rituale. Sein Schwerpunkt liegt dabei auf Südafrika.